

Wölfin aus Herzlaker Rudel erschossen

Tiere sollen für 500 Risse verantwortlich sein / Opposition kritisiert Geheimhaltung

Von Dirk Fisser
und Jürgen Ackmann

OSNABRÜCK In Niedersachsen ist in der Nacht zu gestern eine Wölfin aus dem „Rudel Herzlake“ erschossen worden, das seit Ende 2018 etwa 500 Schafe in der Region Osnabrück, Emsland und Cloppenburg gerissen haben soll. Die Tötung erfolgte auf Basis einer geheim gehaltenen Genehmigung. Das Umweltministerium in Hannover informierte gestern über den Abschuss. Es handelt sich demnach um eine Wölfin, die offenbar im Grenzgebiet der drei Landkreise getötet worden ist. Wo genau, wurde nicht bekannt gegeben.

Bereits im vergangenen Jahr war in der Region der Abschuss einer Wölfin genehmigt worden. Allerdings wurde kein Tier erlegt. Umweltminister Olaf Lies informierte nun darüber, dass im September erneut eine Genehmigung

erteilt worden sei – dieses Mal zum Abschuss eines männlichen Tieres, dessen DNA bei Rissen sichergestellt wurde. Die Suche nach dem Wolf blieb lange erfolglos. Der Schnee soll nun den Jägern nach Informationen unserer Redaktion geholfen haben, weil sie so die Bewegung der Raubtiere besser nachvollziehen konnten. Erschossen wurde dann allerdings ein weibliches Tier.

Das Ministerium betonte: „Die Tötung ist gedeckt von der geltenden Rechtslage nach dem Bundesnaturschutzgesetz.“ Das weibliche Tier sei in räumlicher Nähe zu den Rissvorfällen geschossen worden, eine Überprüfung des Geschlechts für den Jäger vor Abschuss nicht leistbar. Insofern sei die Tötung rechens. Der Kadaver soll nun genauer untersucht werden. Auch eine DNA-Probe wird gezogen. So könnte geklärt werden, ob es sich bei dem Tier um die im



Heikles Thema: Wölfe in Niedersachsen. Foto: dpa/B. Roessler

vergangenen Jahr zur Tötung freigegebene Wölfin handelt. Minister Lies betonte, mit dem Abschuss sei die Genehmigung erloschen. Sollte es aber erneut zu Rissen in der Region kommen, soll eine weitere Genehmigung erfolgen.

Um diesen Rechtsakt gibt es seit Wochen Streit. Das Umweltministerium will Genehmigungen zum Schutz der Jäger nicht mehr öffentlich bekannt machen, weil in der Vergangenheit bereits in sozialen Netzwerken zu Störaktionen gegen Wolfsentnahmen aufgegriffen worden sei. Zudem habe

es persönliche Bedrohungen gegeben. Die Grünen kritisieren die Geheimhaltung. Fraktionsvize Christian Meyer betonte, Umweltminister Lies begeben sich mit den gerichtlich nicht überprüfbaren Genehmigungen „auf sehr dünnes Eis“. Dies könnte auch für mögliche Schützen rechtliche Schwierigkeiten bedeuten. Die Umweltverbände WWF und Naturschutzbund (Nabu) werfen der Regierung eine „geheime Wolfshatz“ vor. Derzeit wisse niemand, wie viele und welche Wölfe auf den geheimen Abschusslisten stehen, kritisierten sie gestern.

CDU-Fraktionsvize Martin Bäumler unterstützte derweil den SPD-Minister. „Es ist gut, dass der Staat hier gezeigt hat, dass er handlungsfähig ist. Zum Schutz des Erlegers und seiner Familie hoffen wir, dass Minister Olaf Lies alles unternimmt, um dessen Anonymität sicherzustellen.“